

Michelle Proyer, Gertraud Kremsner, Barbara Hager & Seyda Subasi Singh

Behinderung und Flucht: Momentaufnahmen zur Situation in der Ukraine und darüber hinaus

Zusammenfassung

In diesem Beitrag setzen wir uns mit unterschiedlichen Perspektiven auf die Situation von behinderten Menschen auseinander, deren Leben durch Krisen oder Kriegshandlungen beeinträchtigt werden und die über Flucht nachdenken müssen oder diese hinter sich haben. Aktuell beschäftigt dabei vor allem die Krise in der Ukraine, der Beitrag bietet aber auch eine darüber hinausgehende Perspektive auf in Vergessenheit geratene Fluchtbewegungen an. Er führt in die Intersektion Behinderung und Flucht ein und gibt Einblicke in den Lebensalltag von behinderten Menschen in der Ukraine vor und seit den Kriegshandlungen. Die spezifischen Herausforderungen werden sowohl hinsichtlich Fragen, welche die Aufnahmegesellschaft beschäftigen, als auch hinsichtlich der prekären Lage vor Ort diskutiert. Ersteres wird durch eine aktuelle *case study* aufbereitet.

Schlüsselwörter: Flucht, Behinderung, Ukraine, First Person Accounts, Emergency Education

Disability and forced migration: Snapshots on the situation in the Ukraine and beyond

Abstract in English

This contribution introduces selected perspectives into the situation of disabled people who are affected by crisis or acts of war and who have to consider fleeing or have fled already. Currently, the situation in Ukraine appears most pressing but associated insights also offer the possibility to reconsider forgotten migratory developments. The contribution introduces the basics of the nexus of disability and forced migration, highlighting selected aspects of the everyday lives of disabled people before and since the start of the Russian war against Ukraine. Based on an ongoing *case study*, specific challenges will be discussed in relation to questions arising for host countries but also in relation to the precarious situation in Ukraine.

Keywords: Forced migration, disability, Ukraine, First Person Accounts, Emergency Education

Einleitung

Flucht und Vertreibung¹ an der Schnittstelle zu Behinderung können auf unterschiedlichen Ebenen miteinander verwoben sein. Behinderung kann das Ergebnis von Flucht oder auch ihre Ursache sein (Fiddian-Qasimiyeh et al., 2014). Häufig beeinflusst Behinderung die Möglichkeiten und den Zeitpunkt einer Flucht – oder verunmöglicht diese. Des Weiteren kann Flucht aber auch zu Behinderung führen und beispielsweise aufgrund von physischen, emotionalen, psychischen o.a. Verletzungen, widrigen Umweltbedingungen oder vermindertem Zugang zu Nahrung oder Hygiene überhaupt erst entstehen. Die Versorgung von Menschen auf der Flucht und auch die Aufnahme von behinderten Personen nach der Flucht können ebenfalls Auswirkungen auf Behinderung und die Möglichkeiten für rehabilitative Maßnahmen haben; hier ergeben sich bezugnehmend auf die Zielländer Herausforderungen in den Zuständigkeiten. Zu problematisieren ist vor allem ein Mangel an Kommunikation zwischen den auf die spezifischen Bedürfnisse behinderter Menschen eingehenden Einrichtungen (Westphal & Wansing, 2008). Ein Grund hierfür kann darin gesehen werden, dass solchen Einrichtungen möglicherweise die notwendigen sprachlichen und kulturellen Kompetenzen und Kenntnisse fehlen, um mit geflüchteten und möglicherweise auch traumatisierten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen umzugehen (Subasi Singh et al., 2021). Gerade diese transkulturellen Kompetenzen wären für ihre Unterstützung aber entscheidend (Amirpur, 2019).

Dieser Beitrag befasst sich mit Einblicken in die Situation von (behinderten) Personen, die (mehrfach) flüchten mussten oder vertrieben wurden und bietet eine Momentaufnahme spezifischer Bedarfe von rezent Ankommenen aus der Ukraine. Ob der Kürze des Beitrags werden einzelne Aspekte fokussiert, die wir für die Disability Studies als besonders relevant erachten. Entsprechend gilt vorab anzumerken, dass sich die aktuelle Situation – die sich wie andere rezente krisenhafte Situationen (z.B. rund um COVID-19) laufend weiterentwickelt – kaum umfassend dargestellt werden kann, sodass letztlich tatsächlich nur ‚Zwischenrufe‘ zu einzelnen und mitunter sehr spezifischen Aspekten vorgenommen werden.

First Person Accounts aus der Ukraine

Wir möchten den Beitrag mit der Wiedergabe von Erfahrungen von behinderten Menschen selbst beginnen, von denen vor dem Krieg rund 2,7 Millionen in der Ukraine gelebt haben (Talanchuk, 2015) und viele davon nach wie vor dort leben.

Wie in vielen anderen Ländern auch liegt der Motor für sozial(politisch)e Veränderungen in der Ukraine im Kontext von Behinderung nicht in der intrinsischen Motivation politisch Verantwortlicher oder auch der Gesellschaft als Ganzes, sondern vor allem bei einzelnen DPOs und NGOs. Hier spielt der 2001 gegründete Nationale Verband der Menschen mit Behinderung eine besondere Rolle, der mit Stand 2017 „26 nationale Organisationen und 77 regionale NGOs, einschließlich solcher, die sich an spezielle Gruppen richten, etwa Jugendliche, Frauen, Eltern/Kinder/Familien, Tschernobyl-Opfer, Veteranen, Menschen mit eingeschränkter Mobilität, Menschen mit geistiger Behinderung, Menschen mit Sehbehinderung, Menschen mit Hörbehinderung und andere“ (Philips, 2019, o. S.) umfasste. Dazu kommt eine Reihe von Aktivist*innen aus der ukrainischen Behindertenbewegung, die in den vergangenen Jahren vor allem über Social-Media-Kanäle sowie über TV-Kanäle (am Beispiel von Dmytro Schtschebetjuk etwa in der Comedy-Nachrichtenshow Toronto Television) für Aufmerksamkeit sorgten (Philips, 2019).

Das European Disability Forum, Inclusion Europe und der European Association of Service Providers for Persons with Disabilities (EASPD) organisierten gemeinsam eine Pressekonferenz, die am 10. März 2022 stattfand und die über die Situation von behinderten Menschen in der Ukraine rund um die Kriegshandlungen informieren sollte². Neben den alle in der Ukraine lebenden Menschen gleichermaßen betreffenden grundsätzlichen Gefahren für Leib und Leben – u.a. durch Bombardements und schweren Beschuss, Einschluss in zerstörten Gebäuden, nicht vorhandene Fluchtwege sowie unzureichende medizinische, soziale, medikamentöse Versorgung sowie Mangel an Nahrungsmitteln und Trinkwasser – sind behinderte Menschen mitunter mit zusätzlichen Problematiken konfrontiert, die gesonderter Betrachtung bedürfen. Auf

übergeordneter Ebene betrifft dies – Yannis Vardaskastanis, dem Sprecher der International Disability Alliance folgend – u.a. das Risiko, zurückgelassen zu werden, deutlich geringere Chancen auf Evakuierung einschließlich des Zugangs zu Luftschutzbunkern zu haben sowie erschwerte Informationen zu bekommen. Dazu kommt, dass Frauen und Mädchen insbesondere dann, wenn sie mit Lernschwierigkeiten oder psychosozialen Behinderungen leben, einem noch deutlich größerem Risiko ausgesetzt sind, Opfer sexualisierter Gewalt zu werden. Schätzungen zufolge leben in der Ukraine 82.000 behinderte Kinder sowie mehrere Tausend Erwachsene mit Behinderungen in Institutionen, denen kriegsbedingt lebenswichtige Lebensmittel, Wasser, medizinische Versorgung und vor allem auch Personal fehlen. Teilweise werden die Menschen dort sich selbst überlassen. Diejenigen wiederum, die es schaffen zu fliehen, finden in den Zielländern keineswegs eine optimale Versorgungs- und Unterstützungsstruktur vor, weil die Sensibilität für behinderungsspezifische Aspekte oft nicht gegeben ist. Sie stellen laut Vardaskastanis immerhin zehn Prozent aller aus der Ukraine geflüchteten Menschen.

Mit Blick auf die individuelle Situation einzelner Beteiligte*r dieser Pressekonferenz verdichtet sich der erschütternde Eindruck. So berichtet Yulia Klepets, eine Mutter, von der Schwierigkeit, Kiew zu verlassen: Dies sei in Kombination mit einer erwachsenen Tochter, die sie als autistisch, in ihrem Verhalten auffällig sowie als Frau mit Lernschwierigkeiten beschreibt, sowie einer 82-jährigen immobilen Mutter nicht möglich. Im siebten Stock lebend, könne nicht einmal im Bunker Schutz gesucht werden, sodass die Familie einfach in ihrer Wohnung ausharrt. Raisa Kravchenko, eine andere Mutter, beschreibt als Vertreterin eines Zusammenschlusses mehrerer NGOs³ die Schwierigkeit, mit (erwachsenen) Menschen mit Lernschwierigkeiten zu besprechen, in welcher Situation sie sich befinden – beginnend mit alltäglichen Situationen wie der Unmöglichkeit, das Haus zu verlassen. Dieselbe Person weist darauf hin, dass in ihrem Netzwerk alle 118 NGOs, die rund 14.000 Familien mit einem Familienmitglied mit Lernschwierigkeiten unterstützen, ihre Arbeit gestoppt haben. Nur noch freiwilliges Engagement sei geblieben – resultierend in massiver Überanstrengung aller Beteiligten.

Die ukrainische National Assembly of People with Disabilities wiederum sammelt Fallgeschichten von behinderten Menschen im Krieg, die sie auf ihrer Website⁴ veröffentlicht. Ein kleiner Teil davon ist auch in Englisch zugänglich; einige wenige Ausschnitte daraus möchten wir gerne teilen. So berichtet Margaryta Getsko, eine taube Frau, etwa davon, zu Beginn des Krieges nur durch die intensive Freundschaft mit einer Gebärdensprachdolmetscherin ausreichend mit Informationen versorgt worden zu sein – großflächige Angebote in Gebärdensprache seien (nach wie vor) nicht vorhanden. Abhilfe schaffen mittlerweile selbst organisierte Social-Media-Kanäle. Warnungen vor Kampffjets, Raketen und/oder Bomben könnten nur durch Überprüfen der Vibrationen auf Fensterscheiben sowie Mauern wahrgenommen werden. Entwarnung wiederum sei nur durch Beobachtung anderer Menschen möglich, einhergehend mit dem Verlassen des Bunkers auf Verdacht und unter Lebensgefahr, um aus dem Fenster schauen zu können. Letztlich gelang Margaryta Getsko die Flucht gemeinsam mit einigen anderen tauben Personen – allerdings nur, weil eine hörende sowie eine schwerhörige Person mit dabei waren, die während der Fahrt rechtzeitig vor Raketen- und Bombeneinschlägen warnen sowie entlang der langen Strecke Quartiere und Versorgung organisieren konnten (National Assembly of People with Disabilities, 2022). Yaroslav Semenenko wiederum, ein weltweit ausgezeichnete paralympischer Schwimmer, erzählt vom Überleben in Mariupol. Bereits 2014 musste er kriegsbedingt gemeinsam mit seiner Frau aus seiner Heimatstadt Donezk fliehen. Nun war er in Vorbereitung auf die Olympischen Spiele in Tokio für wenige Monate in Mariupol, bevor der Krieg begann. Binnen kürzester Zeit wurde die Stadt, in der er gemeinsam mit 540.000 anderen Menschen lebte, belagert. Ohne Lebensmittel, ohne Wasser, ohne Heizung und ohne Strom verbrachte er gemeinsam mit seiner Frau lange Wochen im eingeschlossenen Mariupol, davon 14 Tage am Stück im Bunker mit Wasserrationen von 150–200 ml pro Person und Tag sowie einem Stück Brot und wenigen Löffeln von (zum Zweck des Wassersparens) kaum gekochtem Reis. Letztlich nutzte er gemeinsam mit seiner Frau die (höchst unsichere) Gelegenheit eines Fluchtkorridors aus der Stadt – mit Erfolg. Aufgrund seiner Erlebnisse möchte Yaroslav Semenenko in die Armee eintreten, um gegen die russischen Angreifer zu kämpfen, weiß aber, dass dies aufgrund fehlender Arme sinnlos ist. Als behinderte Person, so sagt er, bliebe ihm keine andere Wahl als „davonzulaufen“ (National Assembly of People with Disabilities, 2022).

Behinderte Menschen in der Ukraine vor Beginn der Kriegshandlungen

Die genannten First Person Accounts beziehen sich ausschließlich auf die aktuelle Situation seit Ausbruch der Kriegshandlungen. Dabei nicht berücksichtigt wird die generelle Situation behinderter Menschen in der Ukraine, die sich – wie wohl in jedem Land – als eine sehr spezifische zeigt. Ohne mit explizit vertiefender Expertise zu diesem Themenkomplex vorab ausgestattet gewesen zu sein, versuchen wir dennoch, einige Aspekte zusammenzutragen, um einordnen zu können, aus welcher Situation heraus behinderte Menschen in der Ukraine vom Krieg überrascht wurden.

Die Ukraine hat die UN-BRK 2008 unterzeichnet und 2010 ratifiziert (UN Treaty Body Database, o. J.); 2012 wurde zur Sicherung der Umsetzung dieser ein Nationaler Aktionsplan verabschiedet (Philips, 2019). Bezüglich der Umsetzung wird in Folge des ersten Staatenberichtes 2015 – um nur ein Beispiel von vielen zu nennen – etwa bemängelt, dass die ‚Invaliditätsrenten‘ viel zu niedrig seien, um die Grundbedürfnisse einschließlich Nahrung und Medizin befriedigen zu können (Philips, 2019). 2015 wiederum folgte der National Disability, Health and Rehabilitation Plan, der deutliche Verbesserungen hinsichtlich Rehabilitationsangeboten und dem Zugang zum Gesundheitssystem für behinderte Menschen im Generellen nach sich ziehen sollte. Letztlich betreffen alle gesetzten Maßnahmen allerdings ausschließlich Professionelle, die mit behinderten Menschen zusammenarbeiten, anstatt behinderte Menschen selbst (Golyk et al., 2021). Zudem wird in demselben Dokument die Abkehr von medizinisch-psychologischer Diagnostik zugunsten der (in der Praxis kaum großflächig durchgesetzten) ICF propagiert (Golyk et al., 2021; Philips, 2019). Dass bezüglich der Modelle von Behinderung dennoch kaum ein Umdenken stattgefunden hat, zeigt sich u.a. daran, dass der in der ukrainischen Rechtsprechung relevante Begriff ‚Invalide‘ lediglich durch ‚Personen mit Invalidität‘ ersetzt wurde (Golyk et al., 2021). Philips (2019, o. S.) kommt in Summe zu dem Schluss, dass „viele Kinder und Erwachsene mit Behinderung weiterhin stigmatisiert und diskriminiert [werden]. Sie leben abgeschottet, haben keinen Zugang zu Bildung und bekommen keine Arbeit. Oft ist ihr Gesundheitszustand schlecht, weil ihnen eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung verwehrt bleibt.“ So wurden 2017 etwa nur rund 8.000 behinderte Schüler*innen in Regelschulen beschult. Besonders gefährdet – so dieselbe Autorin weiter – seien Binnenvertriebene, die ihre Wohnorte und Arbeitsstellen in der Ostukraine aufgrund des bewaffneten Konflikts dort (bereits deutlich vor Beginn der aktuellen Kriegshandlungen) verlassen mussten. Die enorme Relevanz dieser Gruppe zeigt sich, wenn sie in Zahlen angegeben wird: Im Juli 2016 gab es innerhalb der Ukraine 72.365 Binnenvertriebene mit Behinderung; das entspricht 4,07 Prozent aller Binnenvertriebenen (Philips, 2019). Yaroslav Semenenko, dessen Geschichte wir in den First Person Accounts kurz kennenlernen durften, ist nur einer davon.

Diejenigen, die die Flucht aus der Ukraine angetreten sind, mögen es zwar zumindest physisch aus der Gefahrenzone geschafft haben; im Zielland ergeben sich jedoch eine Reihe weiterer Herausforderungen und Problemstellungen. Welche das sein können, sei am Beispiel tauber nach Wien geflüchteter Menschen dargestellt.

Zur Vernetzung der Deaf Community: Eine Case Study aus Wien

Mit Beginn der Kriegshandlungen in der Ukraine bildete sich über Social Media binnen kürzester Zeit ein Netzwerk, das taube Personen aus der Ukraine mit Erstkontaktpersonen in ganz Österreich verband⁵. So bildete sich z.B. in Wien rund um Florian Gravogl (WITAF⁶) als Koordinator sehr schnell eine Gruppe aus ehrenamtlichen Helfer*innen, Dolmetscher*innen sowie Expert*innen im Bereich Soziales und Gesundheit. Per Auto-Konvoi, Zug oder Bus ankommend, wurden die etwa 120–140 aus der Ukraine geflüchteten tauben Personen ab Ankunft am Bahnhof oder anderen Orten durchgängig begleitet oder unterstützt. Um dies gewährleisten zu können, waren die beteiligten Helfer*innen in den ersten Wochen oft bis spät nachts im Einsatz.

Florian Gravogl legte besonderen Wert darauf, dass die tauben Ukrainer*innen in wenigen Gruppen zusammengefasst und nicht einzeln untergebracht wurden. Dies liegt einerseits darin begründet, dass sich so die

Unterstützung leichter organisieren lässt; andererseits bleibt so auch die Stärke der Community erhalten und die betreffenden Personen können in Gemeinschaft ankommen. Nach intensiven Gesprächen mit der Stadt Wien konnten insgesamt vier Hotels dafür bereitgestellt werden. Mittlerweile sind einige Personen bereits in eigenen Unterkünften untergebracht, nur ein Teil wohnt noch gemeinsam in den Herbergen.

An offizielle Aufenthaltsbestätigungen und Grundversorgung zu kommen, stellte sich als langwieriger Prozess dar. Sachspenden und Verköstigung z.B. wurden über ehrenamtliche taube und gebärdensprachige Personen aus der Region organisiert. Bis heute wird um die Übernahme der Dolmetschkosten sowie anderer Dienstleistungen gekämpft; bislang wurde nur wenig von öffentlicher Hand übernommen. Dazu kam und kommt die Unsicherheit seitens der vertriebenen Personen, nicht zu wissen, ob sie in Wien bleiben können oder nicht.

Die in Wien angekommenen tauben Personen wurden von der Wiener gebärdensprachigen Community in viele unterschiedliche Programme und Angebote eingeführt. Viele der angekommenen Kinder wurden in der Gehörlosenschule oder ihren Außenstellen aufgenommen, allerdings ist bereits jetzt sichtbar, dass deutlich mehr gebärdensprachliche Bildungsressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen. Dazu kommt eine Reihe von Angeboten, die für Erwachsene zur Verfügung gestellt werden⁷, während WITAF an Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration arbeitet.

Zwischenrufe: Gedanken zu weiterführenden Entwicklungen

In Zusammenhang mit dem Ankommen erster behinderter Menschen, die aus der Ukraine flüchten mussten, aber auch aus den Erfahrungen aus der Arbeit mit rezent angekommenen Personengruppen von außerhalb Europas, möchten wir nun eine (notwendigerweise unvollständige) Reihe von Aspekten anführen, die wir als relevant für die weiterführende Diskussion sowie die daraus resultierende Planung von Maßnahmen erachten.

Im Sinne intersektionaler Awareness und Reflexion ist es wichtig, sprachliche Voraussetzungen bei Feststellungsverfahren z.B. im Rahmen von Schulaufnahmegesprächen kritisch zu betrachten und derlei Abläufe im Auge zu behalten: Sehr häufig kommt es bei der Einordnung in das Schulsystem zu falschen oder ungeeigneten Zuschreibungen von Förderbedarfen. Dies ist häufig auf die auf Sprache fokussierten Feststellungsverfahren zurückzuführen oder ruht auf Verzerrungen aufgrund von psychischen Belastungserscheinungen (z.B. durch sequentielles Trauma). Daraus kann sich eine Erhöhung von Lernenden mit Behinderungszuschreibungen in spezifischen Communities – resultierend in der Stigmatisierung der dadurch etikettierten Personen, aber auch einer verzerrten gesamtgesellschaftlichen Darstellung – ergeben, worauf nicht nur kritisch zu achten ist, sondern was es mit allen Mitteln zu vermeiden gilt. Vielmehr ist darauf Wert zu legen, den Diskurs auf die Dekolonisierung von Eingliederungsmaßnahmen zu lenken, denn immer mehr behinderte und nicht-behinderte Schüler*innen erreichen als Schutzsuchende bestimmte schulische Systeme. Es gilt also längerfristig, manifestierte Ansätze der Zusammensetzung der Schüler*innenschaft und Primat der Monokulturalität in Frage zu stellen.

Wichtig scheint es zudem, nicht nur auf die Angekommenen zu fokussieren, sondern auch die Bedarfe der (unfreiwillig) im Ursprungsland Verbliebenen zu diskutieren. Wie anfangs beschrieben, ist die Situation vor Ort für behinderte Menschen besonders prekär und es bedarf der Ermöglichung von barrierefreien Fluchtwegen, der Deckung des täglichen Bedarfs (wie Nahrung und Medikation) sowie natürlich des Zugangs zu Informationen. Prinzipien der Emergency Education und des inklusiven Krisenmanagements liegen von Seiten internationaler Organisationen vor⁸ und bedürfen der umgehenden Implementierung und Weiterentwicklung.

Die aktuelle Situation bietet zudem eine gute Möglichkeit, auch die Situation in anderen von Krisen gezeichneten Situationen sowie anderen von Flucht geprägten Biographien ins Zentrum des Interesses sowohl wissenschaftlicher wie auch gesamtgesellschaftlicher Auseinandersetzungen zu rücken. Die Herkunft

behinderter Personen sollte in diesem Zusammenhang nicht entscheidend über die generelle Zurverfügungstellung sowie die Art der Unterstützung sein und zugleich passgenau auf die jeweiligen Bedarfe zugeschnitten werden. Dies zeigt sich beispielsweise in der aktuellen Debatte rund um die Aufrechterhaltung der bildungsbezogenen Infrastruktur durch digitale schulische Angebote, die von der Ukraine aus angeboten werden, um eine möglichst zeitnahe Rückkehr und lückenlose Bildungsbiographie zu ermöglichen. Geht man davon aus, dass behinderte Menschen davon sehr häufig ausgenommen sind, scheint es umso wichtiger, die spezifischen Bedarfe unterschiedlicher angekommener Gruppen zu erheben und gemeinsam mit Vertreter*innen der jeweiligen Communities die Unterstützungsangebote weiterzuentwickeln.

Anmerkungen

¹ In weiterer Folge wird – trotz rezent relevant gewordener rechtlich bedeutsamer Unterscheidungen – vorwiegend von Flucht gesprochen, auch wenn die s.g. „EU-Massenzustrom-Richtlinie“ (EU-Rat, 2001) „Vertriebene“ rechtlich deutlich besserstellt als geflüchtete Menschen.

² Die gesamte Pressekonferenz ist auf der Website von Inclusion Europe veröffentlicht: <https://www.inclusion-europe.eu/weeks-of-horror-and-we-cannot-possibly-leave/>

³ Es handelt sich hierbei um die *VGO Coalition* (All-Ukrainian NGO Coalition for Persons with Intellectual Disability).

⁴ <https://naiu.org.ua/istoriyi-zhyttya/>

⁵ https://www.oeglb.at/wp-content/uploads/2022/03/Help-for-deaf-Ukrainian-refugees_contacts-in-Austria.pdf; <https://www.oeglb.at/projekte/hilfe-fuer-ukrainerinnen/>

⁶ <https://www.witaf.at/neuigkeit/ukraine-erste-informationen-fuer-fluechtlinge>

⁷ z.B. Sprachkurse für Erwachsene via Equalizent (<https://www.equalizent.com/fuer-gehoerlose/kursliste/kursdetail/sprachkurs-fuer-gehoerlose-aus-der-ukraine/intensivkurs-23>)

⁸ z.B. <https://www.edf-feph.org/inclusive-emergency-response>

Literatur

Amirpur, D. (2019). Migration und Behinderung in der inklusionsorientierten Kindheitspädagogik. In M. Westphal & G. Wansing (Hrsg.), *Migration, Flucht und Behinderung* (S. 265–280). Springer.

EU-Rat. (2001). Richtlinie 2001/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind, auf die Mitgliedstaaten. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=celex%3A32001L0055>

Fiddian-Qasmiyeh, E., Loescher, G., Long, K. & Sigona, N. (Hrsg.). (2014). *The Oxford handbook of refugee and forced migration studies*. Oxford University Press.

Golyk, V., Syvak, O., Grabljevec, K., Tederko, P., Gutenbrunner, C. & Nugraha, B. (2021). Five years after development of the national disability, health and rehabilitation plan for Ukraine: Achievements and challenges. *Journal of rehabilitation medicine*, 53(3), jrm00160. <https://doi.org/10.2340/16501977-2792>

National Assembly of People with Disabilities (2022, 13. April). *Маргарита Гецько — глуха дівчина* [Margaryta Getsko – das taube Mädchen]. <https://naiu.org.ua/margaryta-getsko-gluha-divchyna/>

Philips, S. D. (2019, 23. Januar). *Analyse: Die Inklusion von Menschen mit Behinderung in der Ukraine*. <https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine/284392/analyse-die-inklusion-von-menschen-mit-behinderung-in-der-ukraine/>

Subasi Singh, S., Pellech, C., Gutschik, A., Proyer, M. & O'Rourke, I. (2021). Intersectional aspects of education at the nexus of disability and forced migration: Perspectives of parents, educational experts, and school authorities in Greater Vienna. *Education Sciences*, 11(8), 423. <https://doi.org/10.3390/educsci11080423>

Talanchuk, I. (2015). Ukraine administrative and legal regulation of education for persons with disability. *Social Welfare Interdisciplinary Approach*, 5(1), 94–101.

UN Treaty Body (o. J.): Ratification, Reporting & Documenting for Ukraine. CRPD. Online: https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/TreatyBodyExternal/Countries.aspx

Westphal, M. & Wansing, G. (2008). *Migration, Flucht und Behinderung: Herausforderungen für Politik, Bildung und Psychosoziale Dienste*. Springer.

Zu den Autor_innen

Ass. Prof. Dr.in Michelle Proyer ist TT Professorin für Inklusive Pädagogik. Nach dem Doktoratsstudium in Wien und Berlin führte ihr beruflicher Weg von London zurück an die Universität Wien, Zentrum für Lehrer*innenbildung und Institut für Bildungswissenschaft. Ihre Forschung und Lehre fokussieren aktuell auf Fragen zu Inklusiver Schule und deren Umsetzung sowie Aktivitäten an der Schnittstelle Inklusion, Behinderung und Kultur. E-Mail: michelle.proyer@univie.ac.at

Prof.in Dr.in Gertraud Kremsner hat in Wien Bildungswissenschaften studiert und dort mit Fokus auf Einrichtungen der Behindertenhilfe auch promoviert. Nach einem Wechsel in die Lehrer*innenbildung in Wien, Halle und Leipzig hat sie nun die Professur für (schulische) Heterogenität und Inklusion an der Universität Koblenz inne, wo sie gleichermaßen schulische wie außerschulische Aspekte in Forschung und Lehre einbezieht. Ihre Schwerpunkte liegen auf Inklusiver bzw. Partizipativer Forschung und Lehre sowie auf den Dis/Ability Studies (in Education). E-Mail: gkremnsner@uni-koblenz.de

Mag.a Barbara Hager macht zurzeit ein Doktoratsstudium am Institut der Bildungswissenschaft an der Universität Wien und ist wissenschaftliche Projektmitarbeiterin am Zentrum für Lehrer*innenbildung an der Universität Wien. Sie ist als externe Lehrbeauftragte und Vortragende zu interdisziplinären Themen zu den Deaf Studies tätig. Zu ihren Forschungsfelder gehören die Deaf Studies und Gebärdensprachpädagogik. E-Mail: barbara.hager@univie.ac.at

Dr. Seyda Subasi Singh ist wissenschaftliche Postdoc-Mitarbeiterin am Institut für Bildungswissenschaft der Universität Wien und Seniorresearcherin im Forschungsprojekt „Cov_enable“ an der Bertha von Suttner Privatuniversität. Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Inklusion, Bildungsungleichheit, Intersektionalität und Behinderungsforschung. E-Mail: seyda.subasi@univie.ac.at